

Nummer 285 Berliner Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 69. Jahrgang

Freitag, 20. Juni 1924

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurzeitel der Berliner Börsen, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, „Welt und Wissen“, tägliche Telegramm-Rat, „Börsenkrone“ Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild“, illustrierte Wochenbeilage, und „Heitere Welt“, humoristische Wochenbeilage

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Schriftredaktion: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488
Anzeigenpreise: Die 12spaltige Zeile 0,50 Goldmark, Stellungsbene 0,40 Goldmark, Neuklassierte 4,30 Goldmark. Besuchspreis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal, Bestellungen nehmen Zeitungsredaktion, unsere Geschäftsstelle und alle Postämter des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbestellung nur unter Streifen. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Besuchspreis beträgt im II. Quartal 1924 für Amerika 2,00 Dollar, Frankreich 175 Francs, Belgien 200 Belg. Francs, Schweiz 30 Schweizer, Spanien, Holland 22,50 holländ. Gulden, Österreich 30 österr. Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 40 norweg. Kronen, Dänemark 40 dän. Kronen, Ungarn 100,00 ungarische Kronen, Polen 200,000 polnische Mark, Litauen 30 Lit., Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark, je Monatsabonnement der Zeitung keine Bezahlung
Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts
Umsatzsteuer eingetrag. Manusk. für Rückposten beizufügen

Eine deutsche Erklärung gegen die Pariser Beschlüsse.

Die angeblichen Angebotspläne gegen die Ruhr, Berlin, 19. Juni.

Das „Journal“ bringt einen aus dem diplomatischen Kreislauf der „Reichsliste“ entnommenen Bericht, wonach die französische Regierung seit einiger Zeit (sowohl aus dem besetzten Gebiet wie aus dem unbesetzten Deutschland) Informationen erhalten habe, die von militärischen Plänen gegen die französische Regierung im Ruhrgebiet zeugten. Demgegenüber wird von der maßgebenden amtlichen Stelle festgestellt, daß selbstverständlich beratige Pläne in Deutschland von keiner militärischen oder zivilen Stelle aus in Erwägung gezogen werden. In der Hinsicht, daß die Pläne nicht die geringsten Anhaltspunkte dafür, daß einzelne Personen in Deutschland sich mit Plänen dieser Art befaßt haben; solche Pläne würden von der Reichsregierung sofort unterdrückt worden sein. Die Werbung des „Journal“ ist entweder völlig aus der Luft gegriffen, d. h. die französische Regierung hat keine Nachrichten zu erhalten, oder aber die französischen Nachrichtenstellen sind irgendwelchen Schwärzern zu sehr Opfer gefallen, die aus gewinnbringenden Gründen solche „Informationen“ ersonnen haben.

Auch ein französisches Dokument. TU Paris, 19. Juni.

Der „Antirancien“ greift heute einen Artikel des „Evening Standard“ auf und gibt ihm an erster Stelle in großer Aufmachung wieder. Es handelt sich um einen von der französischen Regierung dem General Klotz übergebenen Bericht, der angeblich von General Klotz selbst dem „Evening Standard“ zur Verfügung gestellt wurde. Der Bericht ist jedoch nicht, wie der „Antirancien“ behauptet, ein französisches Staatsgeheimnis, sondern ein Dokument des General Depoutte.

Der General Depoutte erklärt in dieser Angelegenheit heute, daß er weder dem General Klotz, noch General Depoutte einen Sonderbericht über eine angebliche Angelegenheit des Vizepräsidenten Rouvier zugestellt habe. Es handelt sich, erklärt man uns von offizieller Seite, lediglich um den Bericht, welchen die Kontrollkommission vor drei Wochen an die französische Regierung gerichtet hat. Ein neuer alarmierender Bericht, der sich besonders auf die Widerstand der Zentren an der Ruhr bezieht, ist in den letzten Tagen nicht auf das Reichsministerium gerichtet worden. Es handelt sich also in dem Brief des „Evening Standard“ um eine Verleumdung und Hebung einer bereits bekannten Geschichte der alliierten Kontrollkommission.

Stresemann über Herriots Erklärungen.

Düsseldorf, 19. Juni.

Der Anlaß des Handelskriegs in Anlaß sprach hier Reichsaussenminister Dr. Stresemann. Unter Bezugnahme auf die Darlegungen Herriots bei Gelegenheit der Regierungserklärung in der französischen Kammer betonte der Reichsaussenminister, daß er keinen Zweifel daran habe, daß die neuen Kräfte in Frankreich die bisherige deutsche Politik gegenüber dem Ruhrgebiet nicht fortsetzen werden. Er begrüße die Ausbreitung des französischen Ministerpräsidenten über die Ausbreitung der Besatzungen, betonte jedoch, daß die psychologischen Wirkungen einer solchen Maßnahme nur dann in Deutschland eintreten können, wenn die Annahme eine ausnahmsweise sei. Die Erklärung Herriots bezüglich der Räumung des Ruhrgebietes sei es darin auf, daß das Interaktion aller mit dem Sonderhöfungsplan verbundenen Geleite und damit der Beginn der deutschen Besetzung des Ruhrgebietes im Ruhrgebiet mit der Aufhebung der Besetzung durch die Besatzungen. Damit werde, wenn auch die für den nächsten Tag vorgesehenen Geleite geräumt werden, der status quo wiederhergestellt sein. Eine Vereinigungsmöglichkeit, aber auch eine Union werde das deutsche Volk die Taten der neuen französischen Regierung erwarten.

Die deutschen Industrie-Obligationen.

Paris, 19. Juni.

Der Organisationsausschuß für die im Sonderhöfungsplan vorgesehenen Industrieobligationen hat heute in Paris die vorläufigen Arbeiten unterbrochen wieder aufgenommen.

Eine stürmische Kammer Sitzung. Zumulten während der Rede Herriots. — Unterbrechung der Verhandlungen.

Der Verlauf der Kammer Sitzung. Paris, 19. Juni.

Die Kammer setzte heute nachmittags die nach der Vertagung der Regierungserklärung eingeleitete Debatte fort. Als erster Interpellant sprach Abgeordneter Wolanowski das Wort, der daraufhin über die Finanzpolitik der neuen Regierung sprach und sagte, daß die neue Regierung eine Finanzlage übernehme, die als die gefährlichste seit Beginn des Krieges bezeichnet werden müsse. Zum erstenmal seit dem Krieges sei das französische Budget ausgeglichen. Gestalt wenn auch das zuletzt angenommene Gesetz, das eine Milliarde Ersparnisse brachte, nicht mit einverstanden, werde das Budget dieses Jahres sicher ausgeglichen werden, obwohl Deutschland augenblicklich nicht bereit, die Ausfahrungen des Gesetzes zu akzeptieren. In der Diskussion über die Sozialisten hervor, der von den Sozialisten unterstützt wird, jedoch teilweise wiederholt geäußerte Bedenken über die Finanzpolitik der neuen Regierung äußerte Wolanowski, daß die neue Regierung nicht nur die Sozialisten, sondern auch die anderen Parteien unterstützen müsse, um die Finanzlage zu verbessern. Er sprach sich für ein Gesetz, das eine Milliarde Ersparnisse brachte, nicht mit einverstanden, werde das Budget dieses Jahres sicher ausgeglichen werden, obwohl Deutschland augenblicklich nicht bereit, die Ausfahrungen des Gesetzes zu akzeptieren.

Frankreich habe seinen Wiedereinbau durchzuführen, ohne das Geld um mehr als 90 Milliarden vermehrt werden.

Der sozialistische Abgeordnete Murillo erklärte, der Rede unterbrechend, die Schuld sei um 105 Milliarden gestiegen und die Sozialisten für den Wiedereinbau und die Reparationen aufgebracht. Der Abgeordnete Wolanowski rief: Das ist falsch. Er geht absonderlich an einer Erweiterung der Frage über, ob man jetzt gehen habe, Anleihen aufzunehmen und sich um die Reparationen zu bemühen. Ein der Abgeordneten rief: Wieber mit Galliani! Der sozialistische Abgeordnete rief: Wie haben keine Angst vor dem Stampf mit dem Geld.

Wie haben keine Angst vor dem Stampf mit dem Geld.

Der Redner forderte weiter in der Frage der Vermögenssteuer der Ministerpräsidenten auf, die Sozialisten zu folgen. Sein Vorschlag sei bei den Sozialisten so groß, daß sie sogar auf dem Altar des Blutes der Sozialisten die Vermögenssteuer herbeiführen wollten. Der Abgeordnete Wolanowski sprach sich für die Sozialisten aus, die die Vermögenssteuer herbeiführen wollten. Er sprach sich für die Sozialisten aus, die die Vermögenssteuer herbeiführen wollten.

Räumungen bei der Rede Herriots.

Zur Verantwortung der Interpellationen ergriff danach Herriot das Wort und wird von den Reihen mit lebhaftem Beifall begrüßt. Er sprach sich für die Sozialisten aus, die die Vermögenssteuer herbeiführen wollten. Er sprach sich für die Sozialisten aus, die die Vermögenssteuer herbeiführen wollten.

Der Präsident hob die Sitzung auf.

Herriot verließ die Tribüne inmitten eines lärmenden Zumuldes. Herder den Verlauf der Räumungen wird von anderer Seite berichtet: Die Rede unterbricht den Ministerpräsidenten häufig, was Gegenstandungen seitens der Sozialisten hervorruft. Als der Abgeordnete General de Saint-Denis, der der Demokratischen Republikanischen Fraktion angehört, (Fortsetzung auf Seite 2)

Die Interessentwirtschaft in den Vereinigten Staaten.

Virgil Jordan, New York.

Der für die Anfang November stattfindende Präsidentenwahl ist bereits längst in der Luft. In der Zeit vor der Wahl werden die Interessen der verschiedenen Gruppen der Nation, die in der Wahl teilzunehmen werden, sich in der Öffentlichkeit äußern. Die Interessentwirtschaft in den Vereinigten Staaten ist ein Phänomen, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Interessentwirtschaft ist die wirtschaftliche Tätigkeit, die sich aus der Verbindung von Kapital und Arbeit ergibt. Die Interessentwirtschaft ist die wirtschaftliche Tätigkeit, die sich aus der Verbindung von Kapital und Arbeit ergibt.

Ein Loblied auf das in der Industrie Durchgeführte.

Es ist lobenswert, daß die Industrie in den Vereinigten Staaten in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die Industrie ist die wirtschaftliche Tätigkeit, die sich aus der Verbindung von Kapital und Arbeit ergibt. Die Industrie ist die wirtschaftliche Tätigkeit, die sich aus der Verbindung von Kapital und Arbeit ergibt.

Die deutsche Industrie-Obligationen.

Die deutsche Industrie-Obligationen sind ein Phänomen, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die deutsche Industrie-Obligationen sind die wirtschaftliche Tätigkeit, die sich aus der Verbindung von Kapital und Arbeit ergibt. Die deutsche Industrie-Obligationen sind die wirtschaftliche Tätigkeit, die sich aus der Verbindung von Kapital und Arbeit ergibt.

Die deutschen Industrie-Obligationen.

Die deutschen Industrie-Obligationen sind ein Phänomen, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die deutschen Industrie-Obligationen sind die wirtschaftliche Tätigkeit, die sich aus der Verbindung von Kapital und Arbeit ergibt. Die deutschen Industrie-Obligationen sind die wirtschaftliche Tätigkeit, die sich aus der Verbindung von Kapital und Arbeit ergibt.

Die deutschen Industrie-Obligationen.

Die deutschen Industrie-Obligationen sind ein Phänomen, das in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Die deutschen Industrie-Obligationen sind die wirtschaftliche Tätigkeit, die sich aus der Verbindung von Kapital und Arbeit ergibt. Die deutschen Industrie-Obligationen sind die wirtschaftliche Tätigkeit, die sich aus der Verbindung von Kapital und Arbeit ergibt.

Die vorliegende Zeitung enthält die humoristische Wochenbeilage „Heitere Welt.“